

# Nicht verzweifelt

Einer der letzten Zeugen des SS-Massakers von Sant'Anna di Stazzema verstorben. Nachruf auf italienischen Antifaschisten Enrico Pieri. **Von Ulrich Schneider**

Mit ihm starb am Freitag eine wichtige Persönlichkeit für die antifaschistische Erinnerungsarbeit in Italien. Enrico Pieri wurde am 19. April 1934 geboren und überlebte als Zehnjähriger das SS-Massaker in Sant'Anna di Stazzema. In dem kleinen Bergdorf in der Toskana hatten Angehörige der 16. SS-Panzer-Grenadier-Division »Reichsführer SS« am 12. August 1944 insgesamt etwa 560 Menschen, darunter etwa 130 Kinder, ermordet.

Die Aufarbeitung dieses Verbrechens war ein Skandal. In der BRD wurden die Ermittlungen immer wieder verschleppt, und selbst öffentliche Geständnisse von Beschuldigten führten nicht zur Anklage. In Italien führte erst die Öffnung des »Schranks der Schande« 2004 zum Prozess vor dem Militärgericht La Spezia. Er endete mit der Verurteilung von zehn Divisionsangehörigen zu lebenslangen Haftstrafen. Die Urteile blieben ohne praktische Bedeutung, weil die Täter nicht nach Italien ausgeliefert wurden und die deutsche Justiz das Urteil in der Bundesrepublik nicht vollstrecken wollte.

Um die Mörder hierzulande zur Rechenschaft zu ziehen, führte Enrico Pieri als Präsident des Vereins der Opfer von Sant'Anna di Stazzema einen langwierigen juristischen Kampf. Der hamburgische »Arbeitskreis Distomo« erinnerte in seinem Nachruf daran, dass Pieri die Beauftragung der anwaltlichen Vertretung mit einer anrührenden handschriftlichen Erklärung verband, in der er seine Familienmitglieder aufzählte, wegen deren Ermordung er die Klage in Deutschland betrieb: Seinen Vater Natale (39 Jahre), seine Mutter Irma Bartolucci (35 Jahre und im vierten Monat schwanger), seine Schwestern Alice (zwei Jahre) und Luciana Pieri (fünf Jahre), seine Großeltern Gabriello Pieri (73 Jahre) und



Enrico Pieri am Tag, als er Beschwerde gegen die Verfahrenseinstellung gegen SS-Verbrecher einlegte (Stuttgart, 31.1.2013)

Doralice Mancini (77 Jahre), die Onkel Alfredo Bartolucci (31 Jahre) und Galliano Pieri (36 Jahre) sowie 19 weitere Familienangehörige – sie alle verlor er bei dem Massaker der SS. Das Verfahren zur Erzwungung der Anklage in Deutschland dauerte zwölf Jahre. Als es im Jahr 2014 gegen den für das Massaker verantwortlichen Kompanieführer, Gerhard Sommer aus Hamburg, endlich gewonnen wurde und die Staatsanwaltschaft hätte Anklage erhoben müssen, war der 93jährige dement und nicht mehr verhandlungsfähig.

Deutsche Antifaschisten, zu denen Enrico Pieri in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige Kontakte entwickelt hat, schilderten ihn als sehr lebendigen Menschen. Er hat »die Hölle erlebt und

ist daran nicht verzweifelt«. Bis zuletzt hat er sich gegen die Barbarei des Krieges und für eine friedliche Welt engagiert. Die zahlreichen Begegnungen mit jungen Menschen, vor allem in vielen Jahren mit den jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Friedenscamps in Sant'Anna di Stazzema, haben ihn hoffnungsvoll und fröhlich gestimmt.

Nach dem 12. August 1944 hatte er viele Jahre geschwiegen. 1960 verließ Enrico Pieri Italien, um sich in der Schweiz eine neue Existenz aufzubauen und eine Familie zu gründen. 1992 kehrte er jedoch zurück. Zusammen mit seinem Freund Enio Mancini und durch den Kontakt mit Jugendlichen hat er angefangen, über

seine Erlebnisse zu berichten, seine Erfahrungen und seine Gedanken zu teilen.

Es gab ein Ritual nach den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten: Enrico lud in den Garten der Familie Pieri in Sant'Anna ein, wo alle bei leckerem Essen durcheinanderredeten, dem »Bella Ciao« der Wandergruppe der ANPI (Associazione Nazionale Partigiani d'Italia), dem Gesang der Jugendgruppen oder kleinen Reden der Eingeladenen lauschten. Auf diese Weise hat Enrico Pieri, der 2018 sein Haus in Sant'Anna an die Gemeinde und den »Parco Nazionale de la Pace« für eine Jugendbegegnungsstätte übertragen hat, als Zeitzeuge gewirkt. Seine Stimme wird fehlen.

## »Autonome Antifa [w]« löst sich auf

Wien. Die österreichische »Autonome Antifa [w]« hat die Auflösung ihres Zusammenschlusses bekanntgegeben. In einem am Montag veröffentlichten Artikel auf ihrer Internetseite rekapitulieren die Nazigegner aus Wien ausführlich die vergangenen zwölf Jahre ihrer politischen Arbeit. Als Grund für die Auflösung geben sie unter anderem an, dass die Gruppierung neoliberale Organisationsformen im Laufe der Zeit reproduziert habe, die man »mit am meisten verachtete«. Zudem werden »sich verändernde Lebensumstände« der Aktiven aufgeführt. Die Öffentlichkeitsarbeit werde die AG Antifa der Plattform »Radikale Linke« fortführen, wie es am Montagabend in einem Facebook-Beitrag hieß. (jW)

■ Mehr: autonome-antifa.net

## Russland: Festnahmen von Neonazis

Moskau. Russische Behörden haben nach eigenen Angaben Dutzende Anhänger einer Neonazijugendgruppe festgenommen. In einer gemeinsamen Aktion des Geheimdienstes FSB und des Innenministeriums seien 106 Mitglieder der Organisation »MKU« gefasst worden, teilte erster am Dienstag mit. Während der Razzien in 37 russischen Regionen seien Pistolen, Gewehre, Maschinen- und Tränengas beschlagnahmt worden. Die Neonazigruppierung sei von dem 21-jährigen Ukrainer Igor Kravonin gegründet worden. Er soll demnach »unter der Leitung der ukrainischen Geheimdienste« agieren. Bei mehreren Razzien gegen diese Organisation seien bereits früher in diesem Jahr 60 Verdächtige festgenommen worden, meldete am Montag die amtliche russische Nachrichtenagentur TASS. (AFP/jW)

## »Guernica« nach Guernica

Baskischer Gedenkverein »Gernika Batzordea« kämpft seit 45 Jahren um würdevolle Erinnerung an Opfer bei der Bombardierung der Stadt

Spanien im Jahr 1976. Der Militärdiktator Francisco Franco ist seit wenigen Monaten tot. Seine politischen Erben organisieren gerade den politischen Übergang, der später als »Trancisión« in die Geschichte eingehen sollte. Im Baskenland stehen Massendemonstrationen, Streiks sowie politische Morde auf der Tagesordnung. In dieser Situation gründen in der Stadt Guernica (baskisch: Gernika) Menschen aus der Befreiungsbewegung den Verein »Gernika Batzordea«. Ihr gemeinsames Ziel: die Aufklärung, das Erinnern und die Forderung nach Wiedergutmachung dafür, dass am 26. April 1937 die Stadt von Kampfflugzeugen der faschistischen deutschen »Legion Condors« dem Erdboden gleichgemacht worden war.

Nach Aussage von Sabin Ibazeta, Mitglied der Gruppe »Gernika Batzordea«, gegenüber jW bestand nach Francos Tod das Bedürfnis darin, all das ans Licht zu bringen, was verboten war und worüber in der Öffentlichkeit nicht gesprochen werden durfte. Zentrale Forderung der Gruppe sei daher bis heute die öffentliche Mahnung an die Bombardierung und das Gedenken an deren Opfer.

Als Meilenstein für die Gruppe nannte Ibazeta vergangene Woche im jW-Gespräch die mehrtägigen Veranstaltungen von 1987 zum 50. Jahrestag der Bombardierung, an denen mehrere tausend Menschen teilnahmen. Dies sei für den Verein ein Wendepunkt gewesen, da rund zehn Jahre nach dem Ende der Diktatur erstmals ein breites öffentliches Gedenken stattgefunden hätte. Im selben Jahr führte die Gruppe »Gernika Batzordea« auch eine ihrer populärsten Aktionen durch: Ihre Mitglieder forderten im Casón del Buen Retiro, einem Nebengebäude des Prado von Madrid, vor Pablo Picassos Gemälde »Guernica« dessen Überführung in die Stadt. Dies ist neben der historischen Untersuchung des 26. April seitdem eine der zentralen Forderungen der Gruppe.

Im Laufe der Jahre konnte mit Gedenkveranstaltungen am Jahrestag, bei denen unter anderem der Verkehr im Zeitraum der Bombardierung angehalten wird und eine Sirene ertönt, eine lokale Erinnerungskultur durch »Gernika Batzordea« etabliert werden. Darüber hinaus konnten unterschiedliche

kulturelle Formate, beispielsweise das Theaterprojekt »Guernica in Flammen«, weitere Akteure und mehrere Generationen in die Erinnerungsarbeit mit einbezogen werden. Die Durchführung dieser Projekte beschrieb Sabin Ibazeta gegenüber jW teilweise als sehr schwierig, da die Gruppe dabei immer wieder auf große Widerstände in der Stadtverwaltung gestoßen sei. Nach dem Wechsel der Lokalregierung von der christdemokratischen PNV zum baskischen Linksbündnis EH Bildu habe sich das stark verbessert.

Als weiterer Meilenstein in der Arbeit des Vereins gelte der Jahrestag im April vergangenen Jahres. Das Gedenken unter den Bedingungen der Pandemie hätte die Gruppe vor große Herausforderungen gestellt, erklärte Ibazeta. Man hätte die Lage aber als Chance begriffen, um gemeinsam im Kontakt mit jüngeren Generationen durch die Nutzung von sogenannten sozialen Netzwerken völlig neue digitale Konzepte des Erinnerns zu erproben. Dies sei auf große Resonanz in der Bevölkerung gestoßen. Zum 45. Jahrestag der Gründung von »Gernika Batzordea« fanden dieses Jahr

unterschiedliche Veranstaltungen und Aktionen statt. Im September wurde an mehreren Orten im öffentlichen Raum in Form von Infotafeln und Texten eine Ausstellung zur Geschichte der Gruppe gezeigt. Zudem produzierte der Verein mit befreundeten Gruppen einen Film über die eigene Geschichte. Höhepunkt der Feierlichkeiten war eine Demonstration am 27. November.

Über die Erinnerungsarbeit hinaus waren Mitglieder der Gruppe in den letzten Jahrzehnten immer wieder an Initiativen zu einer friedlichen Beilegung des baskisch-spanischen Konflikts, wie den Verhandlungen von Lizarra-Garazi 1998 oder dem baskischen Sozialforum 2013, beteiligt. Die Ansprache jüngerer Generationen sieht Ibazeta derweil als große Herausforderung für die Zukunft. Deren politischer Fokus liege einerseits auf anderen sozialen Kämpfen. Zudem diktiere der spanische Staat andererseits noch immer die Lehrpläne in den Schulen. Gerade auf diesem Feld forderte der Aktivist gegenüber jW die Entwicklung neuer Lehrpläne und eine andere Vermittlung historischer Narrative.

Jan Tillmanns

## NRW: Ermittlungen wegen »Passierschein«

Hagen. Nach dem Auftauchen eines »Passierscheins« mit Nazisymbolen wird gegen Mitarbeiter des Ordnungsamts der Stadt Hagen ermittelt. Das sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hagen am vergangenen Freitag. Auf dem Papier ist »Führerhauptquartier« zu lesen, es ist zudem mit Hakenkreuz und Reichsadler versehen sowie gezeichnet mit »Adolf H.«. Es werde geprüft, ob es »öffentlichkeitswirksam« geworden ist, erläuterte die Staatsanwaltschaft. Laut Polizei sei der Staatsschutz durch WDR-Recherchen auf den Fall aufmerksam geworden. Dem Sender zufolge wird gegen zwei Außendienstmitarbeiter ermittelt. Einer soll auf dem »Passierschein« namentlich genannt sein, ein Arbeitskollege soll das Papier angefertigt haben. Darin geht es um die Ermächtigung für eine Person, zum Arbeitsplatz »trotz Ausgangssperre« durchgelassen zu werden. (dpa/jW)